

Offenbach-Post, 09. August 2014

Städte verstärken Druck im Streit um Notdienste

In die starren Fronten beim Konflikt um die Ärzte-Bereitschaft kommt Bewegung / Minister Grüttner fordert Überprüfung der Reform

OFFENBACH ■ Keine schnelle ärztliche Hilfe mehr am Wochenende? Die Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Rhein-Main-Gebiet sorgt weiter für Ärger. In die starren Fronten beim Streit über die Dienste im Kreis Offenbach scheint jetzt aber etwas Bewegung zu kommen. Wie Karl Matthias Roth, Sprecher der Kassennärztlichen Vereinigung Hessen (KV), berichtete, wurde am Freitag in einem Gespräch, an dem unter anderem Sozialminister

Stefan Grüttner (CDU) und der Bürgermeister von Neu-Isenburg, Herbert Hunkel (parteilos), teilnahmen, eine „Versachlichung der sehr emotionalisierten Debatte“ erzielt. Man sei bereit für ein neues Treffen, bei dem auf die Bedenken von Neu-Isenburg und Bad Vilbel eingegangen werden könne, so Roth. Allerdings werde man die geplante Reform des Bereitschaftsdienstes nur in Details ändern. „Es wird nicht so sein, dass alle 114 Ärztlichen

Bereitschaftsdienste in Hessen erhalten bleiben“, so Roth. Bürgermeister Hunkel sagte, man werde den Gestaltungsspielraum nutzen. „Wir werden alles tun, damit das Angebot in Neu-Isenburg nicht geschlossen wird.“ Immerhin sei auch die Ärzteschaft vor Ort dafür. Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) sagte, eine Verschiebung oder vorläufiger Stopp der Reform könne sinnvoll sein, um nicht vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Pläne der KV für die Region Offenbach sahen bisher vor, von den sechs Notdienstzentralen nur noch drei zu erhalten: Dietzenbach, Langen und Seligenstadt. Geschlossen werden sollten Rodgau und Neu-Isenburg. Mühlheim hat eine Kooperation mit Hanau vereinbart. Bereitschaftszentralen sollen nur noch Kommunen aufbauen, die mehr als 50 Hausärzte haben. Schon im Februar hatten die Pläne der KV für Proteste gesorgt. Damals hatte man le-

diglich von den Asklepios-Kliniken in Seligenstadt und Langen aus die Patienten am Feierabend und am Wochenende versorgen wollen. Betroffen wären im Kreis 12 000 bis 15 000 Patienten. Die KV will die Reform bis zum Frühjahr abschließen.

Verwirrung gibt es auch um den Nutzen der Hotline: Wer nachts oder am Wochenende einen Arzt braucht, kann den Bereitschaftsdienst unter der kostenlosen Rufnummer 116 117 anrufen.

Nach Angaben des Hessischen Rundfunks berichten Landräte und Bürgermeister verstärkt von entnervten Bürgern, die an der Warteschleife der Hotline scheiterten. Es sei niemandem gedient, „wenn ein Kranker aus dem Vogelsbergkreis bei einer zentralen Stelle in Frankfurt anruft, wenn er ärztliche Hilfe braucht“, so der SPD-Abgeordnete Thomas Spieß. Solche Call-Center hätten weite Wege und lange Wartezeiten zur Folge. ■ mic/psh/dpa